

Wirtschaftskrise und strukturelle Gewalt gegen die Dritte Welt

Autor(en): **Strahm, Rudolf H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **3 (1983)**

Heft 5

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651559>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirtschaftskrise und strukturelle Gewalt gegen die Dritte Welt

Es ist heute völlig unbestritten und tönt angesichts der täglichen Armutsbeschreibungen in den Medien schon fast lapidar, Armut, Hunger und Unterdrückung in der Dritten Welt seien die grösste soziale Frage unserer Epoche. Bei Sozialisten jedenfalls läuft man Gefahr, offene Türen einzurennen und langweilig zu wirken.

Wenn man aber die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Linken in unserem Land anschaut, verstärkt sich doch der Eindruck, die Zusammenhänge zwischen Krise in der Dritten Welt seien nicht oder nur sehr diffus bewusst. Einzelercheinungen wie: Arbeitslosigkeit bei uns, Währungs- und Verschuldungskrise, Hunger in der Welt werden durchaus zur Kenntnis genommen; wie sich diese aber aufeinanderreimen, und wie sie ursächlich zusammengehören, ist sicher kein gedankliches Allgemeingut. Die Rezepte für die Bewältigung der Wirtschaftsrezession bei uns, die aus dem linken Lager kommen, zeugen oft wenig davon, dass das Problem der Wirtschaftskrise in seiner weltweiten Totalität erfasst ist. Wenn's um die Arbeitslosigkeit (und um die Wahlen) geht, werden Sozialisten plötzlich sehr national!

In Thesenform möchte ich versuchen, mit einer Strukturanalyse einiger Abhängigkeiten Schweiz-Dritte Welt der Frage nachzugehen: Wie wirkte sich unsere seit 1973 anhaltende Wirtschaftsstagnation auf die Dritte Welt aus?

I.

Wir Schweizer haben die Krise durch stärkere Integration in die Weltwirtschaft gemeistert.

Von 1970 bis 1981 nahm der Inlandabsatz der schweizerischen Industrie im Durchschnitt real nur noch um 0,2 Prozent pro Jahr zu, aber ihre Exporte stiegen um 4,7 Prozent jährlich. Wir haben unsere Krise weitgehend durch Exportexpansion gemeistert.

1970 wurden noch 26 Prozent der schweizerischen gesamtindustriellen Produktion ins Ausland exportiert, 1981 waren es bereits 42 Prozent (1). Bei den Dienstleistungen war der Trend gleich gerichtet.

In den 60er Jahren haben die Schweizer jeden vierten Franken im Ausland verdient, bald ist es nun schon jeder zweite.

Dem gesteigerten Export steht ebenfalls ein gesteigerter Import gegenüber. 1970 wurden dreissig Prozent aller in der Schweiz gekauften Industrieprodukte aus dem Ausland importiert; 1981 waren es bereits 46 Prozent (1).

Im Inland verliert die schweizerische Industrie laufend Marktanteile wegen zunehmender „Importdurchdringung“ des schweizerischen Marktes. Die schweizerische Industrie „rettete“ sich einerseits durch zunehmende Speziali-

sierung, andererseits durch Absatzoffensive in die ausländischen Märkte, dabei mit überproportionalem Wachstum in die Dritte Welt.

Die Integration der Schweiz in die Weltwirtschaft ist also noch intensiver geworden. Eine neue internationale Arbeitsteilung hat sich verstärkt: Hier Forschung, Entwicklung, Konzernmanagement und Dienstleistungen; im Ausland, besonders in den Billiglohnländern, die ausgereiften Produktionen und arbeitsintensiven Fertigungen.

Diese zunehmende Arbeitsteilung mit dem Ausland hat uns auch zunehmend vom Weltmarkt und seinen Zwängen abhängig gemacht.

II.

Der Wirtschaftskrise ist intern mit einer Ausdehnung des Dienstleistungssektors begegnet worden.

Von 1960 - 1980 ist die Zahl der Bankfilialen in unserm Land um nochmals 1000 erhöht worden. Heute gibt es durchschnittlich eine Bankfiliale auf 480 Haushalte.

Für die 2. Säule sind bisher ungefähr 16'000 Pensionskassen errichtet worden, eine Pensionskasse auf 150 Haushalte, obschon man die gleiche Dienstleistung über den bestehenden AHV-Apparat längst erfüllen könnte. Alle diese Dienstleistungen sind bezüglich ihrer Auswirkung auf die Lebensqualität ausserordentlich fragwürdig, aber ihre Expansion hat zweifellos zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung beigetragen.

1970 - 1980 ist der Anteil der Beschäftigten der Schweiz im Industriesektor (Sekundärsektor) von 48 auf 39 Prozent gesunken, aber im Dienstleistungssektor (Tertiärsektor) ist ihr Anteil von 44 auf 55 Prozent angestiegen (2).

III.

Die Exportexpansion in die Dritte Welt ist allein auf Kreditbasis finanziert worden.

Die gesamte Expansion der Exporte in die Nicht-Öl-Entwicklungsländer wurde auf Kreditbasis finanziert, quasi nach dem Motto: Kaufe heute, zahle später.

Unternehmer, die in ein Entwicklungsland exportieren wollen, müssen diesem gleich auch noch die Zahlung durch einen Kredit vorfinanzieren, durch sogenannte Exportkredite.

Von 1970 - 1980 stiegen die gesamten Exportausgaben der Nicht-Öl-Entwicklungsländer von 48 auf 344 Milliarden Dollar nominell. Dies ist eine Zunahme von 296 Milliarden Dollar in einem Jahrzehnt (3).

Im gleichen Zeitraum stieg das Gesamttotal aller Auslandschulden dieser Entwicklungsländer von 51 auf 307 Milliarden Dollar, d.h. um 256 Milliarden Dollar (4).

Die gesteigerten Importe der Entwicklungsländer wurden also durch einen praktisch ebenso grossen Anstieg des Schuldenbergs finanziert.

Eine solche Entwicklung ist ökonomisch widersinnig, vor allem, wenn man die Fälligkeitsstruktur der Schulden analysiert. Oft werden langfristig zu amortisierende Investitionsvorhaben in den Entwicklungsländern mit kurz- und kürzestfristigen Krediten finanziert.

Infrastrukturprojekte wie Eisenbahnen, Flugplätze, Strassen, Kraftwerke und Bewässerungen amortisieren sich erst nach 15 - 30 Jahren, d.h. erst nach dieser Zeit ist ihr volkswirtschaftlicher Ertrag so gross, dass der finanzielle Aufwand durch diese Erträge tilgungsfähig ist. Eine Finanzierungsregel der bürgerlichen Ökonomie besagt, dass für Projektfinanzierungen, respektive für öffentliche Verschuldungen, in etwa Kreditlaufzeiten vorgesehen werden sollten, die der Amortisationsdauer entsprechen. Bei der Verschuldung der Dritten Welt wurden diese Regeln dauernd, systematisch und bewusst verletzt.

Es ist allerdings auch leicht erklärbar und verständlich, weshalb der Kapitalist – sei er Exportunternehmer oder Bankier – diesen bürgerlich-kapitalistischen Finanzierungsgrundsatz so freimütig und leicht verletzt: Weil er die Risiken für die Nichteinhaltung der Tilgungsfristen sehr bequem, ja fast automatisch dem Staat überbürden kann (vgl. Abs. VII.).

Die Suche und Lokalisierung von Projekten in der Dritten Welt, bei denen sich die Exportindustrie oder eine Ingenieurfirma einen Auftrag holen kann, ist heute ein hartes Metier. Man nennt dieses Geschäft im Fachjargon „Projekt-Akquisition“. In der Regel geht es nicht ohne Schmiergelder vor sich, zumindest aber nur durch enge Kollaboration mit einheimischen Ministern, Beamten, einem Häuptling oder Lokalfürsten.

Gewisse Wirtschaftszeitschriften publizieren auch Weltkarten mit Länderkategorien, eingeteilt nach dem notwendigen Schmiergeldbedarf bei der Auftrags- oder Bestellungsakquisition (5).

IV.

Die Grenzen der Verschuldung der dritten Welt sind erreicht.

Der Schuldenberg der Dritten Welt hat astronomische Höhen erreicht. Alle Entwicklungsländer zusammen waren Ende 1982 mit schätzungsweise 626 Milliarden Dollar gegenüber dem Ausland verschuldet, wovon die Nicht-Öl-Entwicklungsländer allein mit 520 Milliarden Dollar (6).

Dabei sind wahrscheinlich einige der kurzfristigen Kreditaufnahmen auf den Eurodollarmärkten und weitere, besonders halsbrecherische Überbrückungskreditfinanzierungen noch nicht erfasst. Der durchschnittliche Zinssatz für diese Schulden lag 1981/82 weit über der 10 Prozent-Linie. Dies als Folge der Reagan-Thatcher'schen Hochzinspolitik, die nicht nur einige Tausend Unternehmen in ihren eigenen Ländern in den Konkurs trieben, sondern auch den Entwicklungsländern massiv gestiegene Zinsen und Tilgungslasten überbürdeten. Heute sind deshalb zwei Dutzend Entwicklungsländer am Rande der internationalen Zahlungsfähigkeit.

Im August 1982 stand, wie man heute erst weiss, das weltweite Schuldengefüge vor dem Zusammenbruch. Als Mexiko seine komplette Zahlungsunfähigkeit ankündete, drohten zwei oder drei der grössten amerikanischen Geschäftsbanken in die Illiquidität zu geraten, weil sie mit Krediten an Mexiko massiv engagiert waren. Eine blitzartige Kreditbeschaffungsaktion in der westlichen Welt brachte die nötigen Überbrückungsmilliarden, damit Mexiko die notleidenden Darlehensrückzahlungen fristgerecht, oder nur mit einigen Tagen Verspätung, einlösen konnte.

Weltbankintern wurde vor ein paar Jahren schon eine Studie über die Zahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer erstellt. Ein Resultat: Würde Brasilien als grösster Schuldner gegenüber Weltbank aus irgendwelchen politischen Ereignissen seine Zahlungsunfähigkeit erklären, würde dies die Weltbank und im Gefolge davon die grossen weltweiten Bankenkonzerne in die Illiquidität stürzen und dadurch, wie 1929, natürlich die ganze Weltwirtschaft in den Absturz reissen.

Die kapitalistische Welt kann sich heute gar nicht mehr erlauben, dass ein grosses Schuldnerland zahlungsunfähig wird. Daraus erklärt sich auch das massive Systemsicherungsinteresse des westlichen Kapitalismus und gegenüber den Entwicklungsländern, und daraus erklärt sich, dass Repression und Todesschwadronen in diesen hochverschuldeten Schwellenländern geradezu „systemnotwendig“ sind.

V.

Die Risiken der Verschuldung der Dritten Welt werden sozialisiert.

Seit langem werden die Exportkredite, die den Entwicklungsländern zum Kauf von Waren in den Metropolen zur Verfügung gestellt werden, durch eine Art staatliche Versicherung abgesichert. In der Schweiz heisst das System *Exportrisikogarantie (ERG)*, in der BRD ist es die Hermes-Bank, in den USA u.a. Exim-Bank u.a.

Gegen eine Prämie kann der Exporteur, respektive die Bank, die den Exportkredit zur Verfügung stellt, die Risiken für Währungsverluste, für politische und andere Risiken absichern.

Die ERG sozialisiert die Verluste auf folgende Weise: Wenn ein Entwicklungsland zahlungsunfähig wird oder sonstwie Verluste im betreffenden Exportgeschäft entstehen, zahlt der Bund aus dem ERG-Fonds bei Fälligkeit dem schweizerischen Kreditgeber den ihm zustehenden Beitrag aus. Der Bund tritt dann an die Stelle des bisherigen Kapitalgebers gegenüber dem Entwicklungsland als neuer Gläubiger auf und versucht danach, über Verhandlungen und Schuldenkonsolidierungsabkommen, den Kredit zurückzuhalten.

Die Eidgenossenschaft hat durch die ERG Ende 1981 für etwa 22 Milliarden Franken Exportkredite auf diese Weise garantiert, wovon zwei Drittel an Entwicklungsländer (7).

Obschon die ERG nach Gesetz eigenwirtschaftlich operieren müsste, macht sie Verluste, im Jahre 1982 um die 350 Millionen Franken. Diese Verluste belasten direkt die Bundeskasse und wirken sich dort als Vergrösserung des Bundesdefizits aus. Formell gelten die Bundesleistungen zwar als Vorschüsse an die ERG, aber weil sich eine Trendwende bei der internationalen Verschuldung in den nächsten Jahren kaum abzeichnet, müssen diese Staatsbeiträge nach allgemeiner Übereinstimmung als verlorene Zuschüsse bezeichnet werden. Der Bundesrat liess sich diesen Sündenfall gegen die freie Marktwirtschaft mit besonderem bürgerlichen Beifall durchs Parlament stillschweigend absegnen (8).

Eine andere Form sind z.B. die sog. Mischkredite der Eidgenossenschaft. Sie dienen dazu, Bankkredite an ein Entwicklungsland mit einem öffentlichen Kredit zu „mischen“, um den Mischzinssatz zu senken. Mischkredite kommen nur zustande, wenn die Bank oder das Bankenkonsortium seine Kredittranche an die Entwicklungsländer gewährt, und diese wird nur gewährt, wenn eine Schweizer Firma liefern kann. Die Mischkredite sind 1982 verdoppelt worden. Im Zuge der sofortigen Beschäftigungsmassnahmen sind sie im März 1983 nochmals um 100 Millionen Franken aufgestockt worden (8).

Die an alle andern Beschäftigungsmassnahmen gestellte Bedingung, dass sie innert sechs Monaten nachfragewirksam werden müssten, wurde bei den Mischkrediten grosszügig übergangen.

Für die Jahre 1984 - 86 sollen gemäss Finanzplan 1984 - 86 die Bundeszahlungen für Hilfemassnahmen an die Entwicklungsländer um insgesamt 540 Millionen gegenüber dem 1981 erstellten Finanzplan gekürzt werden (9). Aber gleichzeitig mit der Kürzung der technischen Entwicklungszusammenarbeit (Projekthilfe) werden eben die Mischkredite ausgedehnt. Schuldenkonsolidierungskredite, Zahlungsbilanzhilfen, Finanzabkommen sind weitere solche Formen, mit denen der Bund Löcher stopft, bei deren Entstehen er nichts zu bestimmen hat.

Ich schätze, dass durch diese Verlustdeckungen im internationalen Kreditgeschäft (ERG-Defizit, Mischkredite, Zahlungsbilanz- und Schuldenkonsolidierungskredite) die Bundesfinanzrechnung derzeit um mehr als 500 Millionen Franken belastet wird.

Die Lenkungsfähigkeit des Staates bei der Entstehung der Schulden und der Verluste ist praktisch null. Die Banken haben sich bis 1982 sogar geweigert, dem Staat einen Kataster (Verteilungsplan) ihrer Kreditvergaben nach Entwicklungsländern und Fälligkeiten bekanntzugeben. In krassem Gegensatz dazu ist der Staat aber gut genug, fast unbegrenzt die Risiken zu sozialisieren und die Verluste zu übernehmen. Und solche Bundesausgaben finden die Zustimmung aller Parteien im Parlament.

Eine neue Art von keynesianischem Deficit spending macht sich bei uns, wie in allen andern kapitalistischen Ländern breit: Der Staat ist dazu da, Löcher zu stopfen. Er betreibt eine Art Konjunkturankurbelung im Exportsektor und findet dabei ausgerechnet die Zustimmung jener Rechtskreise, die der keynesianischen Nachfrageschöpfung ablehnend gegenüberstehen. Diese neue Art Keynesianismus ist insofern noch problematischer, weil der Staat bei der Steuerung der Nachfrage keine Wahlmöglichkeiten hat. Bei der binnenorientierten Nachfrageschöpfung kann der Staat zumindest sagen, wo er Nachfrage will, und er kann dabei auch sinnvolle, lebensqualitätsfördernde Investitionen auslösen.

Ich habe das beklemmende Gefühl, dass diese heimliche Verschiebung der Wirtschaftspolitik nicht einmal den linken unter den politischen Akteuren in ihrer Tragweite bewusst ist. Ich kenne nur ganz wenige eidg. Parlamentarier, die wirklich Bedenken gegen diesen Trend angemeldet haben.

VI.

Die zentrale Rolle beim Schuldenmanagement der Dritten Welt spielt der Internationale Währungsfonds (IWF), der eine ordnungspolitische Disziplinierung in Richtung Kapitalismus herbeiführt.

Was passiert, wenn ein Entwicklungsland zahlungsunfähig wird? Die Bedingungen der Gläubiger an das notleidende Land werden heute vom IWF aufgestellt und koordiniert. Er schickt seine Beraterteams zur Erstellung der Krankheitsdiagnose ins notleidende Entwicklungsland. Er koordiniert und leitet die Verschuldungsverhandlungen im sogenannten „Pariser Klub“ der Gläubiger. Er stellt die Bedingungen der Gläubiger an das Land auf. Und nur wenn

die Erfüllung dieser Konditionen durch die betreffende Regierung im „letter of intent“ (Absichtserklärung) zugesichert ist, gibt er seinen Kredit. Und erst wenn der IWF-Kredit zugesagt ist, geben die Regierungen und die Geschäftsbanken weiteres Geld.

Obschon die Schweiz nicht Mitglied des IWF ist, schliesst sie sich in ihren Schuldenkonsolidierungsabkommen mit den betreffenden Entwicklungsländern schlicht und einfach den IWF-Bedingungen an, – eine neutralitätspolitische Ungeheuerlichkeit!

Die *Konditionen des IWF* an das Schuldnerland sind immer ähnlich:

- Weitergehende Inflation bei staatlich eingefrorenen Löhnen, was eine reale Kaufkraftverschlechterung der breiten Massen bewirkt.
- Staatliche Budgetkontraktion, was eine drastische Verminderung von staatlichen Sozialausgaben und Nahrungsmittelverbilligungen bewirkt.
- Liberalisierung des Zahlungsverkehrs, damit die ausländischen Konzerne ihre Gewinne besser abziehen können (was angeblich zu neuen Investitionen anreizen soll).
- Währungsabwertung und Förderung des Exports um jeden Preis, selbst wenn es um lebenswichtige Grunderzeugnisse und Nahrungsmittel geht, und selbst wenn wertvollste tropische Hölzer und andere Rohstoffe im Raubbau gewonnen werden müssen.

Die IWF-Bedingungen haben zur Folge, dass die Tilgung und Schuldensanierung dem Volk buchstäblich vom Tische weg gespart werden müssen.

Eine solche drastische Austerity-Politik geht nicht ohne soziale Unrast. Sie geht nicht ohne Streiks, Unruhen, *politische Destabilisierung*, ja sie geht nicht ohne *Zerschlagung von Gewerkschaften und Gegenkräften*; und sie geht nicht ohne *Militarisierung*.

Die sozialen Auswirkungen dieser monetaristischen Strangulationskuren sind immer gleich, ungeachtet der Wirtschaftsordnung des Landes. Polen hat das genau gleich erlebt wie die Türkei; Argentinien ebenso wie Mexiko, und zuvor auch Ägypten, Zaire, Jamaica. Alle sind Opfer der IWF-Konditionalitäten geworden.

Die Literatur und die Faktenlage über die soziale Problematik und die Beweise über die Misserfolge der IWF-Genesungskuren sind fast unüberschaubar. Es gibt Proteste des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und Kritiken des Brandt-Berichts an diesen IWF-Auflagen (10). Aber die Monetaristenclique im IWF verordnet ihre Würgekuren unbeschadet weiter.

Drastische Kuren sind zwar angesichts der Verschuldungslage unvermeidlich. Aber man könnte sie auch *anders durchführen*: Nämlich durch Importverminderung, durch Beschränkung der Luxusgüterimporte, der Autos und elektrischen Zahnbürsten etc. für die Oberschichten. Zahlungsbilanzdefizite könnten daneben auch durch Förderung des Binnensektors, durch importsubstituierende Produktion auf angepasstem technologischem Niveau realisiert werden. Alles in allem also eine partielle und graduelle Politik einer *autozentrierten Entwicklung*, ein Stück weit *Abkoppelung vom Weltmarkt*.

Wenn heute in relativ fortgeschrittenen Entwicklungsländern und Schwellenländern wieder zu Hunderttausenden gehungert wird, so ist dies das Resultat der monetaristisch inspirierten IWF-Bedingungen! Peru musste sich von 1977 an einer solchen IWF-Kur unterziehen.

Im März 1977 weilte eine IWF-Expertengruppe in Lima. Für die Zurverfügungstellung eines sog. Bereitschaftskredits stellte der IWF die Bedingungen nach dem obenerwähnten Muster.

Das Monatsmenü der Arbeiterfamilien sank bis 1979 drastisch: Anstatt wie früher 31 konnte sich die durchschnittliche Arbeiterfamilie nur noch 17 Büchsen Milch im Monat leisten; anstatt 12,7 Kilo Zucker nur noch 6,8 Kilo; anstatt 3,6 Liter Öl nur noch 1,5 Liter. Hunger und ernährungsbedingte Todesursachen bei Kindern, die 1971 an neunter Stelle aller Todesursachen standen, sind bis 1979 wiederum in den ersten Rang vorgeückt. 1979 starben in Peru 30-40'000 Säuglinge mehr als 1975 (11).

Die Deckung der Grundbedürfnisse war durch die Austeritätspolitik so prekär geworden, dass im sonst reichen Peru geradezu Sahel-Verhältnisse herrschten. Dass an zahllosen Hauswänden der gepinselte Spruch „Fondo monetario asesino“ herabschaute, hat wahrscheinlich keiner der IWF-Funktionäre zur Kenntnis erhalten.

VII.

Versuch einer Bilanz für die Entwicklungsländer: je weltmarktintegrierter, desto mehr Verelendung.

Die Integration der Entwicklungsländer bringt zwar Entwicklung von Wachstumsenklaven. Die modernen Techniken, vermittelt durch die Entwicklungshilfe, durch Konzerne und Ausbildung, nützen einer schmalen Schicht und stärkenderen Herrschaft. Am aussergewöhnlichsten profitiert natürlich die Kaste der Militärs, die sich mit Hilfe der Importe ihre eigene Infrastruktur, ihr Kommunikationssystem und ihre eigene Versorgung aufbaut. Die vielen Militärdiktaturen sind Beweis genug.

Die durch die Exportforcierung der Industrieländer in den Entwicklungsländern implementierte Technik nützt nur einer Oberschicht. Sie bringt zwar vielleicht ein Wachstum, aber ein Wachstum an den Ärmsten vorbei. Nur 10, 20 oder 30 Prozent der Bevölkerung haben in fast allen Entwicklungsländern vom Wachstum der letzten zwei Jahrzehnte profitiert. Die modernen Industriegüter behindern ein Wachstum von unten, sie zerstören autochthone, lokale Techniken und verhindern die Einführung neuer angepasster Technologien. Der Sprung vom Ochsenpflug zum Traktor verhindert den Pflug als Zwischenlösung.

Wo sich multinationale Konzerne niederlassen, gibt es sofort eine *Verbindung zwischen Konzern und lokaler Oligarchie*. Das einheimische nationale Bürgertum mit seinen lokalen Betrieben und Gewerben geht zugrunde und wird entweder proletarisiert oder zur Verbündung mit der internationalen Bourgeoisie gezwungen.

Nur eine kleine Schicht der Bevölkerung kann sich überhaupt Importgüter leisten. Die arme Slumbevölkerung und besonders der Bauer auf dem Lande kann sich Devisengüter kaum leisten. Hingegen ist es gerade der Bauer, der durch Export-Agrarprodukte Devisengüter (Importe) finanziert.

Die Dependenz der Peripherienation zu den Industrieländern verstärkt die interne Dependenz der Peripherie zum Zentrum im Entwicklungsland selber.

Die Verschuldungslage und die folgenden IWF-Kuren verstärken diese Dependenz: Noch mehr Exporte und noch mehr Liberalisierung für angesiedelte Konzerne, noch grössere Kluft zwischen wachstumsorientierter Wachstumsenklave und Hinterland, noch stärkeres Auseinanderklaffen von Zentren und

Peripherien. Autonome Entwicklung wird kaputt gemacht, und Ansätze zu demokratischen oder gar demokratisch-sozialistischen Lösungen werden rasch zum Verschwinden gebracht.

Ohne Abbau der Dependenz von kapitalistischen Zentren ist keine autozentrierte Entwicklung möglich, die allein die Grundbedürfnisse der Massen zu befriedigen vermöchte. Ohne Rahmenplanung und Leitplanken für Konzerne kann sich nie eine einheimische Industrie ausbreiten. *Kurz: Ohne eine realistische, graduelle Desintegration aus den Weltmarktzwängen ist Entwicklung schlechthin unmöglich!*

VIII.

Binnenwirtschaftliche Krisenlösung im Industrieland ist die Vorbedingung zum Abbau struktureller Gewalt auf die Entwicklungsländer.

Die wichtigste Frage für uns – nicht für die Entwicklungsländer –, die nicht nur theoretisch bleibt, stellt sich wie folgt: Was ist in den Industrieländern zu tun, um die Dependenzzwänge zu mindern und zu lösen?

Es wird uns nur dann gelingen, diese strukturelle Gewalt zu lockern, wenn in den Industrieländern die Exportzwänge gelockert werden. Und dann, nur dann, werden zum Beispiel die Vertreter der Arbeiterbewegung in allen Industrieländern vom Sachzwang und politischen Druck entlastet, jeder Exportförderungsmassnahme zustimmen zu müssen.

Für die Schweiz bedeutet dies konkret: Beschäftigungspolitik im Binnensektor, Arbeitszeitpolitik durch Arbeitszeitverkürzung (wobei nicht nur die lineare Arbeitszeitverkürzung, sondern auch die Schaffung von Teilzeitstellen nötig ist). Das Volumen der Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland wäre immens. Ich erinnere nur an das mögliche Investitionspotential im Bereich Energiesparen von 40-60 Milliarden Franken, und zwar von Investitionen, die sich erst noch mit 5-7 Prozent verzinsen und die Schweiz von Energieimporten, und damit von Exportzwängen befreien würden.

Ein komplexes Problem erfordert eine komplexe Reihe von Massnahmen. Die eben aufgeführte Stossrichtung ist nur eine unter mehreren. Auch das Problem der *Produktionsverlagerung* in die Dritte Welt wäre eine gesonderte Betrachtung wert. Entwicklungsländer werden nicht nur als Absatzhinterhof für unsere Produkte, sondern auch als *Produktionshinterhof mit billigen Löhnen* ausgenutzt (12). Die neue internationale Arbeitsteilung ist eine weitere Form der neokolonialen Dependenz. Der *Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifond)*, den die Schweizerische Arbeiterbewegung zusammen mit der entwicklungspolitischen Bewegung gegründet hat, wäre eine mögliche Teilantwort auf dieses Problem: Weil der Arbeiter in der Dritten Welt ungewollt zum „Lohndrücker“ des hiesigen Arbeiters wird, ist eine Unterstützung von Streiks und Arbeitskämpfen in der Dritten Welt eine wichtige, auch bewusstseinsbildende Strategie.

Die Schweiz ist ein unbedeutender Kleinstaat, was ihre Kaufkraft von Tropenprodukten betrifft. Aber im Finanz- und Bankenbereich ist sie eine Grossmacht. Bei Schweizer Banken lagen Ende 1981 rund 30 Milliarden Schweizerfranken Vermögen aus der Dritten Welt (ohne Ölländer), und die über die Finanzplätze Panama, Liechtenstein, Singapur, Luxemburg und Libanon hereinströmenden Fluchtgelder sind dabei noch nicht eingerechnet (13). Nicht alle diese Gelder sind illegale Fluchtgelder, aber die zuströmenden Vermögen aus der Dritten Welt betrugen 1977 bis 1981 ein Mehrfaches der gesamtschweizerischen öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe. Die Banken-Initiative, die 1984 zur Abstimmung kommt, wird Gelegenheit geben, diesen Sachverhalt nochmals politisch zu thematisieren.

Wer seine weltanschauliche Offenheit gegenüber den Problemen der Dritten Welt zur Schau tragen will, redet oft gerne über die technischen Entwicklungsprojekte oder über humanitäre Aktionen. Diese sind populär und einsichtig.

Technische Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Ehren, aber echte Humanität zeigt sich erst darin, wenn auch die strukturelle Gewalt und die neokolonialistischen Sachzwänge angegangen werden, die durch die Wirtschaftsrezession auch bei uns wieder besonders scharf geworden ist.

ANMERKUNGEN

** Dieser Text widerspiegelt die persönliche Meinung des Autors.*

- 1) Zeitschrift „Konjunktur“, Hsg. von Konjunkturforschungsstelle WIF/ETH Zürich, Nr. 7/1982, S. 13.
- 2) Erste Ergebnisse der Eidg. Volkszählung, Die Volkswirtschaft, Juli 1982, S. 533.
- 3) UNCTAD, Handbook of International Trade and Development Statistics, 1981 Supplement, Tab. 3.1., S. 62.
- 4) UNCTAD, a.a.O., Tab. 5.14, S. 339 f.
- 5) Zeitschrift „Bilanz“, Nr. 4/1980, S. 43.
- 6) OECD, l'Observateur l'OCDE, Janvier 1983, S. 12.
- 7) Geschäftsbericht des Bundesrates 1981, S. 246.
- 8) Botschaft über Massnahmen zur Stärkung der schweiz. Wirtschaft, BBl 1983 I, S. 863.
- 9) Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Artikels (April 83) ist der Betrag der Kürzung noch nicht definitiv beschlossen (vorgesehen Sommersession 83).
- 10) Nord-Süd-Kommission, Das Überleben sichern, Vorwärts/ Kiepenheuer & Witsch, 1980, S. 270.
- 11) Richard Gerster, Fallstricke der Verschuldung, Der IWF und die Entwicklungsländer, Z-Verlag, Basel 1982, S. 71f.
- 12) Hilmar Stetter, Schweizer Fabriken: Ab in die Dritte Welt? Z-Verlag, Basel 1980.
- 13) Schweizerische Nationalbank, Das Schweizerische Bankwesen im Jahre 1981, Tab. 20, S. 48 und Tab. 94, S. 274.